

ZWISCHEN AKUTEM HANDLUNGSBEDARF UND FERNEN ZIELEN

Die Erzeugung industrieller Grund- und Werkstoffe bedarf des Einsatzes von Energie und natürlicher Rohstoffe. Energie, Rohstoffe und Produktion sind untrennbar miteinander verzahnt. Die Ressource Energie muss stärker Teil der Wertschöpfungsdiskussion werden.

Deutschland sucht eine neue Energiepolitik. In keinem anderen Land – nicht einmal dem betroffenen selbst – hat die Reaktor-katastrophe von Fukushima einen ähnlich starken Impuls zur kurzfristigen Veränderung des Energiesystems ausgelöst. Bislang gibt es im Ausland nur kleine Korrekturen, aber das Nachdenken hat begonnen. Die Nachricht von der Teilerstörung der japanischen Reaktorblöcke traf in Deutschland dagegen auf fest verankerte Vorbehalte gegen das erst im September 2010 verabschiedete nationale Energiekonzept, das nicht die erhoffte energiepolitische Befriedung und den stabilen Konsens in Energiefragen gebracht hat.

Der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergie ist eine politische Entscheidung, die wir akzeptieren. Wenn die Politik einen Baustein aus dem Energiemix herausnimmt, dann muss sie Lösungen für einen gleichwertigen Ersatz schaffen. Die NE-Metallindustrie ist als Grundstoffindustrie 365 Tage im Jahr und rund um die Uhr auf sichere, saubere und bezahlbare Stromversorgung angewiesen. Es bedarf nunmehr eines breiten gesellschaftlichen Konsenses zur Energie-, Klima- und Industriepolitik. Energiepolitik ist keine Partei-, sondern Gesellschaftspolitik.

Nun gilt es, das Energiekonzept neu zu verhandeln und die neuerliche Chance auf einen wirklichen Konsens zu nutzen. Es gilt

aber auch, die Konsequenzen nationaler Energiepolitik sorgsamer zu bedenken. Eine wichtige Botschaft, die von Japan ausgeht, lautet: Die Energiezukunft kann nicht über Jahrzehnte prognostiziert oder nach Wunschvorstellungen gestaltet werden. Damit offenbart sich eine entscheidende Schwäche des vorliegenden nationalen Energiekonzepts.

Die Bundesregierung hat als vorbereitende Maßnahme für das Energiekonzept 2010 Gutachten von renommierten Forschungsinstituten über die Entwicklung des Energieverbrauchs bis 2050 eingeholt. Grundlage und Voraussetzung für die Berechnungen waren Vorgaben für das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung der Energieeffizienz. Nach Ansicht der Bundesregierung wird die wirtschaftliche Leistung Deutschlands künftig im Jahresdurchschnitt um 0,8 Prozent wachsen. Bei der Energieeffizienz wird eine jahresdurchschnittliche Zunahme um 2,5 Prozent unterstellt. Die historische Rückschau liefert dagegen andere Werte: Zwischen 1990 und 2010 stieg die Wirtschaftsleistung in Deutschland pro Jahr im Durchschnitt um 1,3 Prozent, die Energieeffizienz nahm um 1,7 Prozent zu.

Die von der Bundesregierung beauftragten Gutachter kommen unter Verwendung der Basisannahmen zu dem Schluss, dass 2050 insgesamt 50 Prozent weniger Energie benötigt werden. Zusammen mit der massiv ausgebauten Nutzung kohlenstoffarmer oder kohlenstofffreier Energieträger wird es damit rein rechnerisch möglich, den CO₂-Ausstoß des Landes um 80 bis 85 Prozent zu senken. Hätten die Gutachter die historisch verifizierten Werte benutzt, stände im Ergebnis eine Energieeinsparung von nur 22 Prozent und eine deutlich geringere CO₂-Einsparung. Die leichte Variation volkswirtschaftlicher Grundannahmen offenbart die relative Zielungenauigkeit des nationalen Energiekonzepts von 2010.

ENERGIEKONZEPT MUSS NEU VERHANDELT WERDEN

Beim Blick auf den künftigen Stromverbrauch stellen sich weitere Fragen. Die Bundesregierung geht von einer Verringerung des Bruttostromverbrauchs um rund 27 Prozent von derzeit 614 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) auf 450 Mrd. kWh im Jahre

Es bedarf eines gesellschaftlichen Konsenses zur Energie-, Klima- und Industriepolitik.

2050 aus. Rund 250 Mrd. kWh sollen dann durch erneuerbare Energien und knapp 60 Mrd. kWh durch „sonstige Energieträger“ gedeckt werden. Die verbleibende Lücke von fast 150 Mrd. kWh entfällt auf Importe. Zunächst muss hinter das sehr ehrgeizige Einsparziel ein Fragezeichen gesetzt werden, da in den zurückliegenden Jahren der Gesamtstromverbrauch um knapp 10 Prozent zugenommen hat. Besorgniserregend ist hingegen besonders aus Sicht der Industrie die Verengung des Energiemix in der Stromerzeugung. Sollte es nicht gelingen, Strom aus Sonne, Wind und Wasser grundlastfähig und bezahlbar zu machen, müsste der Bedarf an Grundlaststrom zu einem großen Teil über Importe gedeckt werden, da der verbleibende inländische Kraftwerkspark vor allem für Regel- und Ausgleichsenergie sowie als Reservekraftwerke für fluktuierende Einspeisungen benötigt werden. Das kann im Hinblick auf Versorgungs- und Preissicherheit keinesfalls die Zustimmung der Industrie finden.

Das Fazit aus dieser Methodenkritik kann nur lauten: Erhalt wirtschaftlicher und technologischer Vielfalt auf allen Stufen der Energieversorgung, um eine möglichst hohe Preis- und Versorgungssicherheit sicherzustellen. Die künftige nationale Energiepolitik muss klare Festlegungen zur Versorgung der Industrie mit Strom vornehmlich im Grundlastbereich formulieren. Grundlastfähigkeit heißt: Direkte Umwandlung von Primärenergie in Strom ohne zwischengeschaltete Hilfstechnologien über mindestens 8.000 Volllaststunden im Jahr. Der Mix aus Investitions- und Brennstoffkosten muss so gestaltet sein, dass sich die Erzeugungskosten dauerhaft an den Beginn der Merit-Order (Einsatzreihenfolge der Kraftwerke) einstellen und die Kostenvorteile angemessen an die industriellen Abnehmer weitergegeben werden.

Dazu ist ein verändertes Preisbildungsmodell an der Strombörse EEX notwendig. Bis heute wartet die Grundstoffindustrie auf ein echtes Grundlastprodukt, das ihre spezielle Stromnachfrage widerspiegelt.

DEUTSCHE ENERGIEPOLITIK WIRKT AUF EUROPA

Nationale Festlegungen in der Energie- und Klimapolitik haben Auswirkungen auf Europa und die Stellung Deutschlands in der EU. Der Vertrag von Lissabon hat Ende 2009 versucht, die energiepolitische Kompetenz zwischen der EU und den Mitgliedstaaten zu regeln. Der EU fallen die Verantwortung für das Funktionieren des Energiebinnenmarkts, der Ausbau der Netzinfrastrukturen, die Handhabung gemeinschaftlicher Vorsorge- und Krisenme-

chanismen sowie die energierelevanten Außenbeziehungen zu. In der Kompetenz der Mitgliedstaaten verbleiben die Entscheidung über die Wahl der Energiequellen, die Nutzung heimischer Ressourcen, die allgemeine Struktur des Energiemarktes.

In einem nationalen Energiekonzept kann die Bundesregierung also formal eigenverantwortlich über die Nutzung der Kernenergie sowie der anderen Energieträger entscheiden. Der teilweise oder vollständige Rückzug aus der Nutzung der Kernenergie würde Deutschland jedoch energiepolitisch isolieren und die Energiesolidarität innerhalb der EU schwer belasten. Ein Rückzug hätte zudem wirtschaftliche Konsequenzen für die gesamte EU. Der Ersatzbedarf für etwa 20.000 Megawatt Kraftwerksleistung würde die Strombörsen massiv unter Druck setzen und zusätzlich den Bedarf und die Preise für Emissionszertifikate erhöhen, wenn die Bedarfslücke durch Fossil befeuerte Kraftwerke ausgefüllt werden muss. Mittelfristig ist mit einer erhöhten Gasnachfrage zur Stromerzeugung zu rechnen, die ebenfalls Preisauswirkungen auf den Gas- und in der Folge auf den Strommarkt haben wird. Da Deutschland zunehmend auf eine kritische Haltung in Bezug auf die Abscheidung und die Einlagerung von Kohlendioxid aus Kraftwerksrauchgasen einschwenkt, verschärft sich das Problem, klimaverträgliche Strommengen zu erzeugen.

Die Auswirkungen werden sich überproportional in den weniger kapitalstarken EU-Ländern zeigen und zusätzliche volkswirt-



FÜR EINE ENERGIEWENDE MIT AUGENMASS

EID – DIE ENERGIEINTENSIVE INDUSTRIE IN DEUTSCHLAND:

- 1 Die energieintensiven Industrien sind auf eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen. Viele der Anlagen laufen rund um die Uhr, deshalb ist für eine wettbewerbsfähige Produktion eine stabile Grundlastversorgung entscheidend.
- 2 Tragende Säulen der aktuellen Grundlast sind Kohle und Kernkraft. Wenn sich die Bundesregierung endgültig dazu entschließt, die Laufzeiterlängerung zurückzunehmen, ist ein gleichwertiger Ersatz für den Ausfall der Grundlastversorgung erforderlich. Denkbar wäre momentan am ehesten ein zusätzlicher Aufbau von Kohlekraft-Kapazität.
- 3 Ein schnellerer Ausstieg aus der Kernenergie hätte gravierende Auswirkungen auf das erst im letzten Herbst von der Bundesregierung verabschiedete Energiekonzept. Dieses müsste völlig neu konzipiert werden.



Ohne Hightech-Werkstoffe wie Aluminium und Kupfer keine neuen Hochspannungsleitungen für den notwendigen Netzausbau

→ schaftliche Probleme schaffen. Ein Rückzug aus der Kernenergie in Deutschland kann also nur erfolgen, wenn zuvor Kompensationslösungen real vorliegen, nicht jedoch auf Basis technologischer oder wirtschaftlicher Zukunftshoffnungen.

Die deutsche Industrie und speziell die energieintensiven Unternehmen müssen in einer neu formulierten Energiestrategie umfassend berücksichtigt werden. Mangelnde Vorsorge bei der Deckung des Bedarfs an Industriestrom mit den speziellen Anforderungen an Versorgungssicherheit und Preiswürdigkeit führt über die mittlere Frist zu einer massiven wirtschaftlichen und politischen Schwächung Deutschlands in der EU und auf den Weltmärkten. Aber auch der Umbau des Energiesystems in einem volkswirtschaftlich vertretbaren Rahmen selbst gerät ohne die Berücksichtigung der energiepolitischen Anforderungen der Industrie in Gefahr.

NEUE ENERGIESYSTEME BRAUCHEN MEHR METALLE

Die deutsche NE-Metallindustrie erzeugt und bearbeitet Werkstoffe, die für das moderne Leben unverzichtbar sind. Für den Ausbau der Energienetze, die Modernisierung des Kraftwerks-parks oder den Ausbau erneuerbarer Energien sind NE-Metalle unverzichtbar. Die effiziente Erzeugung, Verteilung und Nutzung von Strom und Wärme basiert auf dem Einsatz bewährter und neuer NE-Metalllegierungen und -produkte. Die deutsche NE-Metallindustrie repräsentiert die gesamte Wertschöpfungskette von der Metallerzeugung aus Erzen und Recyclingmaterial über Halbzeug bis zu Konsumgütern. Zugleich ist die NE-Metallindus-

trie Lieferant für die gesamte Palette der industriellen Produktion. Diese enge Verzahnung in der industriellen Fertigung spiegelt die Bedeutung der NE-Metallindustrie als Ausgangspunkt ganzer Wertschöpfungsketten und erklärt zugleich gemeinsam mit allen industriellen Grundstoffen die Breite und Geschwindigkeit des industriellen Aufschwungs nach der Finanz- und Wirtschaftskrise.

FORDERN IST KEINE ANGEMESSENE REAKTION AUF FÖRDERN

Exportserfolge auf den Märkten der Zukunft lassen sich nicht politisch planen. Wenn andere Nationen wie China und die USA ihre Industrie bei Energie- und Ressourceneffizienz fördern, kann sich die europäische Reaktion nicht in stärkerem Fordern erschöpfen. Die Anhebung des europäischen Reduktionszieles von 20 auf 30 Prozent würde besonders für die deutsche Industrie mehr Kosten, aber nicht mehr Marktchancen in der Welt bedeuten. Angesichts der angestrebten Energiewende wäre eine weitere Zieldiskussion verfehlt.

Neben Forschung und Entwicklung, Ausbildung und Qualifizierung sowie dem Umweltschutz konzentriert sich die betriebliche Verantwortung auf die Themen Energie- und Ressourceneffizienz. Hierbei nehmen die Zielkonflikte zu, da mehr Umweltschutz nur durch höheren Energieverbrauch zum Beispiel für Nachverbrennung und Absaugung zu erzielen ist. Die Senkung des spezifischen Verbrauchs an Energie und Rohstoffen ist ein kontinuierlicher Prozess. Potenziale bestehen in der besseren Ausnutzung der Abwärme und – weniger relevant für die NE-Metallindustrie – in der Optimierung der Querschnittstechnik. Angesichts der erreichten Verbesserungen werden die Schritte kleiner und die Kosten höher. Einen Schlusspunkt gibt es im internationalen Wettbewerb jedoch nie. In Effizienzfragen ist Stillstand gleichbedeutend mit Rückschritt. Das weiß die Industrie und handelt schon aus Effizienz- und damit aus Wettbewerbsgründen so.

ADDITION DER BELASTUNGEN AUF DEN PRODUKTIONSFAKTOR ENERGIE BESEITIGEN

Die weitere Verbesserung der Energieeffizienz bietet keinen Puffer, Preissteigerungen von Strom und Brennstoffen aufzufangen. Das gilt gesamtwirtschaftlich, da die Energiepreise in Deutschland schneller steigen als die Energieeffizienz. Es gilt umso mehr für die energieintensive NE-Metallindustrie, in der im Durchschnitt die Steigerung der Energieproduktivität aufgrund des bereits erreichten Niveaus unter einem Prozent pro Jahr liegen wird. Höhere Steuern auf Brennstoffe und Strom erzielen keine Lenkungswirkung beim Energieverbrauch der Anlagen, sondern erhöhen im Wesentlichen das Risiko der Produktionsverlagerung ins Ausland. Es bleibt unerklärlich, aus welchen Gründen die Bundesregierung

im Jahr 2010 den Spitzenausgleich bei der Energie- und Stromsteuer um ein Drittel kürzen wollte. Rein haushaltspolitische Ziele übersehen nicht nur die vom Klimaschutz-Monitoring dokumentierte Gegenleistung der Industrie, sondern beschädigen die politische Glaubwürdigkeit und das Vertrauen als Basis für Investitionen, Wachstum und Steuereinnahmen der Zukunft. Der Spitzenausgleich bei der Energie- und Stromsteuer muss nach 2012 fortgesetzt und gemeinsam mit der Wirtschaft auf eine solide Basis gestellt werden.

Als zusätzliche Gegenleistung verlangt die Bundesregierung einen Nachweis für Energieeinsparungen. Dafür sollten ein Energiemanagementsystem oder vergleichbare Instrumente für kleine und mittlere Unternehmen ausreichen. Weiter gehende, pauschalierte Anforderungen werden der betrieblichen Wirklichkeit nicht gerecht. Energieeffizienz ist unvergleichlich schwer zu messen. Das Thema Energie- und Ressourceneffizienz darf keinen Vorwand liefern, durch Umlagen oder Steuern neue Finanzierungsquellen für den Staat zu erschließen. Zusätzliche Kosten, die aus pauschalierten Vorgaben oder Quoten entspringen, sind zwingend zu vermeiden.

PLANUNGS- UND INVESTITIONSSICHERHEIT SIND UNTEILBAR

Bei der Förderung erneuerbarer Energien verlaufen Risiko und Chance quer durch Industriebranchen und Unternehmen. Was für den einen höchste Planungssicherheit und große Marktchancen bedeutet, wirkt sich für den anderen in Unsicherheit und drastischen Preissteigerungen aus. Die Verdreifachung der EEG-Umlage innerhalb von 24 Monaten nährt Zweifel an Funktionsfähigkeit und Reformierbarkeit des Systems. Gemeinsames Ziel muss es sein, die Kosteneffizienz zu erhöhen, die erneuerbaren Energien in den Markt zu integrieren und die Entlastungen für stromintensive Unternehmen und Unternehmensteile unverändert zu erhalten. Es scheint, dass bei dem klaren Trend der weiteren Explosion der Strompreise in Deutschland die Korrekturen über Degressionsschritte bald nicht mehr ausreichen. Wer eine ökologische Orientierung forciert betreibt, muss irgendwann heraus aus der Sympathie und hinein in die Realität mit dem Erfordernis der Balance der Nachhaltigkeit. Spätestens wenn Strompreise wegen ihrer enormen Steigerungen zu einer sozialen Frage geworden sind, ist eine politische Notbremse auf der Tagesordnung. Die Förderung nach dem EEG ist eben effektiv, aber keineswegs volkswirtschaftlich effizient.

Mehr Planungssicherheit ist beim Ausgleich indirekter CO₂-Kosten im Strompreis erforderlich. Ende 2008 wurde in der Emissionshandelsrichtlinie verankert, dass die Mitgliedstaaten bei stromintensiven Unternehmen die Stromkostensteigerung auf-

Energie muss sicher, sauber und bezahlbar sein.

grund der Einpreisung von CO₂-Zertifikaten in den Strompreis ausgleichen dürfen. Dennoch hat die EU-Kommission ein Hauptprüfverfahren zur Genehmigung der deutschen Förderrichtlinie 2009, die auf einen Ausgleich indirekter CO₂-Kosten zielt, mit ungewissem Ausgang eröffnet. In Verbindung damit steht ein Vorschlag der Kommission für die notwendigen Beihilfeleitlinien noch immer aus. Die Bundesregierung verweist bisher auf die fehlende europäische Grundlage für ein deutsches Ausgleichsmodell. Anders als im Energie- und Klimafonds verplant, bieten sich die Einnahmen aus den Versteigerungserlösen der Handelszertifikate als ordnungspolitisch saubere Finanzierungsquelle an.

Die industrielle Produktion hängt vom freien Zugang zu Rohstoffen ab. Sie benötigt sichere, saubere und im internationalen Vergleich bezahlbare Energie. Ressourcen- und Energieeffizienz leisten zur Versorgungssicherheit und Kostendämpfung einen wesentlichen, aber keinen ausreichenden Beitrag. Sie sind für die Industrie Herausforderung und Chance zugleich. Der politische Wille ist entscheidend, im Spannungsfeld ferner Ziele und aktuellen Handlungsbedarfs mit Augenmaß und Weitblick die richtigen Anreize zu setzen. Die Verteuerung von Energie und Ressourcen ist kein Königsweg. Viel versprechend für Wachstum und Wohlstand ist die Förderung neuer Technologien und Werkstoffe. Die NE-Metallindustrie ist bereit, diese Chance zu ergreifen. Sie vertraut auf die Politik, additive Belastungen des Produktionsfaktors Energie abzubauen, keine neuen Belastungen bei Energie und Rohstoffen einzuführen und Förderinstrumente technologieoffen zu gestalten. →

AUS DER ARBEIT DER WVM

SCHLÜSSELTHEMEN:
Energie- und Klimapolitik

Ansprechpartner:
Dr. Michael Niese
Wirtschaftsvereinigung Metalle
E-Mail: niese@wvmetalle.de
Telefon: +49 (0) 30 / 72 62 07 - 106
Telefax: +49 (0) 30 / 72 62 07 - 198